

## 10. Die erneute Konfrontation, 1976-83

### 1. "Menschenrechte" und "Nachrüstung"

In der letzten Sitzung hatten wir gesehen, wie die krisenhafte Entwicklung in der sogenannten 3. Welt zur erneuten Verschärfung der Spannungen zwischen den Supermächten beitrug. Mit dem Einmarsch sowjet. Truppen in Afghanistan und der anschliessenden Überreaktion der Carter-Administration war die Politik der Detente praktisch am Ende. Aber die Rivalitäten an der Peripherie des KK waren keineswegs die einzige Ursache für das Scheitern der Entspannungspolitik. Mindestens ebenso wichtig waren die Vorgänge im geographischen Zentrum des KK: in Europa. Hier häufte sich das Konfliktpotential auf zwei Ebenen an, nämlich in Bezug auf die Frage der Menschenrechte in Osteuropa und hinsichtlich der weiter vorstossenden Aufrüstung. Diese beiden Ebenen hatten einen erheblichen Anteil an der Vergiftung der Atmosphäre zwischen den Supermächten, und zwar in einem solchen Ausmass, dass der vergleichsweise nebensächliche sowjet. Einmarsch in Afghanistan das Fass zum Überlaufen bringen konnte.

Mit diesen beiden Ebenen werden wir uns heute zu beschäftigen haben, um die Ursachen für das Scheitern der scheinbar so hoffnungsvollen Entspannungsphase in ihrer ganzen Breite verstehen zu können. Überdies ist es nur auf dieser Grundlage möglich, die 1980 einsetzende erneute Konfrontation zwischen den Supermächten in ihrer Bedeutung und Gefährlichkeit zu begreifen. Diese Konfrontation wird das Thema des zweiten Teils der heutigen Sitzung sein.

Als Leonid Breschnew 1975 seine Unterschrift unter die Schlussakte von Helsinki setzte, konnte er davon ausgehen, dass amerikanische Machtpolitiker wie Henry Kissinger den Korb 3, also die Zusicherung der Menschenrechte, allenfalls als politischen Hebel nutzen würden und auf diesem Gebiet nicht mehr als gewisse Zugeständnisse erwarteten. In Fragen wie der Ausreisegenehmigungen für systemkritische sowjet. Juden und deutschstämmigen Sowjetbürgern war der Kreml denn auch zu einer gewissen Grosszügigkeit bereit. Auch die meisten anderen Ostblockstaaten verhielten sich ähnlich. Zudem wurde im Umgang mit Dissidenten eine halbwegs zivilisierte Zurückhaltung geübt. Viel mehr konnte der Westen aus der Sicht Moskaus nun wirklich nicht verlangen, wenn er sich nicht direkt in die "inneren Angelegenheiten" des sozialistischen Lagers einmischen und damit die Entspannungspolitik infrage stellen wollte. Überdies waren ja auch die USA in Bezug auf Menschenrechte nicht immer zimperlich, wenn man etwa an die Zustände in den schwarzen Ghettos der Grossstädte oder die Aktivitäten der CIA in Ländern wie Chile dachte.

Solange die Republikaner in Washington regierten, wurden Menschenrechtsprobleme denn auch eher im Geiste machtsstaatlicher Kumpanei, als unter moralischen Gesichtspunkten behandelt. So erklärte Kissinger z.B. schon 1974 vor dem Foreign Relations Committee des Senats: "Where the age-old antagonism between freedom and tyranny is concerned, we are not neutral. But other imperatives impose limits on our ability to produce internal changes in foreign countries. Consciousness of our limits is a recognition of the necessity of peace - not moral callousness." Ganz in diesem Sinne verhielt sich Präsident Ford, als er sich weigerte, den zwangsexilierten sowjet. Schriftsteller und Dissidenten Alexander Solschenitzin im Weissen Haus zu empfangen. Breschnew konnte zufrieden sein.

Doch Breschnew hatte sich mittelfristig gründlich verkalkuliert. Anfang 1977 trat mit Jimmy Carter ein neuer Präsident sein Amt an, der nicht daran dachte, sich in Menschenrechtsfragen mit reiner Kosmetik zufrieden zu geben. Nach dem Vietnam-Debakel und dem Watergate-Skandal wollte Carter wieder moralische Standards in die amerikanische Politik einführen, und zwar sowohl nach innen als auch nach aussen. Er war deshalb fest entschlossen, die Verwirklichung jener Verpflichtungen einzufordern, die Moskau und seine Satelliten in Helsinki eingegangen waren.

Gerade zu diesem Zeitpunkt begannen sich die Beschlüsse von Helsinki im Ostblock weit stärker auszuwirken, als allgemein erwartet worden war. In Prag gründeten Dissidenten, unter ihnen ein gewisser Vaclav Havel, die Charter 77, die sich auf die Einhaltung der völkerrechtlich festgeschriebenen Menschenrechte beriefen. In Ost-Berlin, Leningrad und Moskau wurden sogenannte "Helsinki-Watch"-Gruppen gebildet, die der Willkürherrschaft der Apparate mit offener Kritik begegneten. Bald schon begann es unter den polnischen Arbeitern zu rumoren. All dies war objektiv betrachtet relativ harmlos. Doch für monolithische Regimes, die keinen Widerspruch duldeten, waren das unerhörte Vorgänge. Polizeistaatliche Unterdrückungsmassnahmen waren deshalb die logische Folge.

In Dtland erregte die Affäre um die Ausbürgerung des kritischen Sängers Wolf Biermann aus der DDR ungeheures Aufsehen. Im Gefolge davon wurde die intellektuelle Szene der DDR auf Dauer dem Regime entfremdet. Viele prominente „Kulturschaffende“ (etwa Manfred Krug oder Katharina Thalbach) gingen in den West und damit zum „Klassenfeind“. Eine schwere Demütigung für das Regime.

In der SU traf ein regelrechter Polizeiterror die "Refuseniks", jene Dissidenten, die das Recht auf Ausreise nach Israel für die rund 6 Mio sowjet.

Juden verlangten und jede Mitarbeit am sozialist. Gemeinwesen verweigerten. Ihr Sprecher, Anatoli Scharanski, wurde ins Gefängnis gesteckt, während andere Dissidenten in psychiatrischen Heilanstalten landeten, wo sie unter permanenter Psychofolter zu leiden hatten. Andreij Sacharow, der prominenteste Dissident der SU, wurde von den Behörden zunehmend unter Druck gesetzt und schliesslich nach Gorki verbannt, um ihm den Kontakt mit der Aussenwelt zu rauben.

Gerade das Schicksal der jüd. Dissidenten rief im Westen, besonders in den USA, erhebliches Aufsehen hervor. Demonstrationen und Protestaktionen, sowie die wachsende antisowjet. Kritik in liberalen Blättern wie der WASHINGTON POST und der NEW YORK TIMES liessen eine rein machtpolitisch orientierte Entspannungspolitik als moralisch problematisch erscheinen. Die Carter-Administration begann deshalb mit einem moralischen Kreuzzug gegen den Ostblock, der naturgemäss die Spannungen erhöhte.

Mit ihren propagandistischen Breitseiten gegen die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock leitete die Carter-Administration Wasser auf die Mühlen der härtesten Kalten Krieger in den USA, denen die ganze Richtung der Entspannungspolitik schon lange nicht passte. Im Januar 1977 formierte sich das alte Schlachtross des KK, das „Committee on the Present Danger“, neu. Es wurde angeführt von Paul Nitze, einem der schärfsten antisowjet. Aussenpolitiker. Weitere Mitglieder waren William Casey, Richard Allen, Jeane Kirkpatrick, John Lehman, George Shultz, Richard Perle - und der frühere Gouverneur von Kalifornien Ronald Reagan. Diese Gruppe von rechten Republikanern machte sich die Menschenrechtskampagne zunutze, um die SU als unversöhnlichen Feind zu verteufeln, dessen weltweiter Expansionismus die Freiheit des Westens bedrohe und der nur durch eine Politik der Stärke in Zaum zu halten sei. Statt neuer Rüstungsabkommen und der angeblichen Vernachlässigung der eigenen milit. Mittel sei eine massive Aufrüstung dringend geboten. Die Propaganda dieser Gruppe, die über exzellente Verbindungen zu einflussreichen Medien verfügte, setzte die Carter-Administration zunehmend unter Druck und erhöhte deren Bereitschaft, sowjetischem Fehlverhalten mit Härte zu begegnen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich zum grossen Teil Carters Überreaktion auf die Vorgänge in Afghanistan, fand der sowjet. Einmarsch doch zu Beginn des Vorwahlkampfes in den USA statt, wobei Ronald Reagan ausgezeichnete Chancen besass, Präsidentschaftskandidat der Republikaner zu werden.

Jimmy Carters Menschenrechtspolitik, so moralisch berechtigt sie zweifellos war, stiess zudem bei den westeuropäischen Bündnispartnern auf Unverständnis, ja sogar offene Ablehnung. Der britische PM James Callaghan,

der franz. Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der westdte. BK Helmut Schmidt waren sich darin einig, dass die Fortsetzung der Entspannungspolitik absoluten Vorrang vor humanitären Gefühlsduseleien haben müsse. V.a. Schmidt brauchte die Kooperation Moskaus, um innenpolitisch Erfolge bei der Entspannungspolitik vorweisen zu können. Statt auf lautstarke Ankündigungen und Proteste setzte der dte Sozialdemokrat lieber auf diskrete Verhandlungen, bei denen man auch polit. Gefangene aus der DDR und sogenannte "Volksdeutsche" aus der SU für ein paar Millionen DM freikaufen konnte. Noch 10 Jahre später regte sich Schmidt in seinen Memoiren über das seiner Ansicht nach naive Vorgehen der Carter-Administration auf, das aus völligem Unverständnis für die sowjet. Seite die Kreml-Herren nur in eine verstockte Haltung stiess und damit Schmidts Kreise im Verhandlungspoker störte. Im Nachhinein kann man darüber streiten, ob Schmidt im Recht war, oder ob seine im Grunde zynische Machtpolitik nicht auf Sand gebaut war, weil sie die Unterdrückungsregimes des Ostblocks als gleichberechtigte Partner akzeptierte. Carters taktisch unkluges Vorgehen besass immerhin den Vorteil, langfristig auf der moralisch richtigen Seite zu stehen. Doch in der Situation gegen Ende der 70er Jahre bewirkte dies nicht nur eine Verschärfung der Spannungen, sondern liess auch eine Kluft zu den europäischen Verbündeten entstehen.

Dies hatte seine nachhaltigsten Wirkungen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Rüstungspolitik. Hier zogen sich die Verhandlungen zum SALT-2-Rüstungsbegrenzungsabkommen träge dahin. Dabei war allerdings klar, dass diese Verhandlungen allein die globalstrategischen Nuklearwaffen der Supermächte betrafen und deshalb auch vornehmlich deren Sicherheitsinteressen nutzten. Die Europäer, v.a. die Dten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, für die die gegenseitige Bedrohung der Militärblöcke täglich erlebte Erfahrung war, wurden in ihren Existenzängsten durch SALT 2 kaum beruhigt.

Ebenso wenig trug der Vorschlag der Carter-Administration im Jahre 1978 zur Beruhigung bei, in Mittel- und Westeuropa Neutronenwaffen zu stationieren. Es handelte sich hierbei um eine besonders perfide Erfindung, die alles höhere Leben in ganzen Regionen allein durch Strahlenwirkung vernichten sollte, während praktisch keine materiellen Zerstörungen angerichtet werden würden. Ein Atomkrieg, v.a. in Mitteleuropa wurde dadurch leichter führbar - ein wahrer Alptraum. Dementsprechend gross waren die Proteste, sodass die NATO schliesslich die entsprechenden Pläne fallen liess.

Gleichzeitig entwickelten westeuropäische Sicherheitspolitiker aber eine ganz neue Sorge. Seit Jahresbeginn 1977 hatte die SU damit begonnen, ihr

Arsenal an Mittelstreckenraketen zu modernisieren. Zu diesem Zweck war die SS-20 entwickelt worden, die eigentlich gegen China gerichtet werden sollte, aber sich vorzüglich dazu eignete, die völlig veralteten SS-4 und SS-5 in Osteuropa zu ersetzen. Bei den neuen Raketen handelte es sich um furchterregende Waffensysteme: jede SS-20 trug drei unabhängig steuerbare Nuklearsprengköpfe. Die Raketen waren so zielgenau, dass sie einzelne Flughäfen und Kommandozentralen angreifen konnte. Ihre Reichweite betrug über 5.000km, sodass die Rakete hinter dem Ural stationiert werden konnte, um Ziele in Westeuropa zu bedrohen. Und schliesslich war das Abschusssystem mobil und nachladbar, sodass NATO-Jagdbomber und Raketen die SS-20 kaum bekämpfen konnten. Aus europäischer Sicht am bedrohlichsten war wohl die Tatsache, dass diese Waffe ungeeignet war, die USA direkt zu bedrohen. Sie fiel daher nicht unter die SALT-2-Verhandlungen. Das bedeutete im Klartext, dass die nukleare Bedrohung Westeuropas stieg, während die USA bei den globalstrategischen Waffen auf dem Verhandlungswege das Ausmass der eigenen Gefährdung abbauten. Westeuropa wurde somit nuklear erpressbar, während die USA sich aus dem europäischen Sicherheitssystem tendenziell ausklingten. So zumindest erschien es Helmut Schmidt, Deutschlands grösstem Sicherheitsexperten, wie zumindest er selbst glaubte.

Im November 1977 hielt Schmidt in London - wie immer in gestochenem Englisch - eine aufsehenerregende Rede, in der er vor der Gefahr durch die SS-20 warnte. In Bezug auf die laufenden SALT-Verhandlungen stellte er fest: "Strategic arms limitation confined to the United States and the Soviet Union will inevitably impair the security of the Western European members of the alliance vis-à-vis Soviet military superiority in Europe." Damit war ein neues Thema in den Ost-West-Beziehungen aufs Tapet gebracht worden, was umso wirksamer war, als auch die anderen europäischen NATO-Partner Schmidt beipflichteten. Die westeuropäischen Regierungen verlangten nun von der SU den sofortigen Abbau der SS-20 und betrachteten dies als Test auf die Entspannungsbereitschaft des Kremls. Von den USA aber erwarteten sie volle Unterstützung in dieser Frage, was auch als Test des Prinzips der Gegenseitigkeit in der Allianz verstanden wurde. Damit wurde deutlich, dass nicht mehr nur Paris, sondern auch die anderen europäischen NATO-Partner und sogar Bonn nicht länger bereit waren, am Gängelband Washingtons zu gehen. Die Rücksichtslosigkeiten amerikanischer Supermacht-Allüren in den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden nun zum Bumerang, während die wirtschaftlich relativ erstarkten und in der EG versammelten Westeuropäer zunehmend Eigenständigkeit demonstrierten.

Für die Carter-Administration wirkte dieser Vorgang wie ein kalter Wasserstrahl. Man stellte sich zunächst bockig, und Brzezinski behandelte

europäische Staatsmänner mit wachsender Arroganz, was ihm den dauerhaften Hass Schmidts eintrug. Carter liess zudem durchblicken, dass er dem franz. Präsidenten Giscard zutiefst misstraute, und er liess Schmidt spüren, wie sehr ihm dessen freundschaftliche Beziehung zu dem unzuverlässigen Franzosen missfiel. V.a. aber machten die USA nicht die geringsten Anstalten, die Frage der Mittelstreckenraketen in die SALT-Verhandlungen miteinzubeziehen. Die Westeuropäer mussten sich deshalb in ihren Befürchtungen bestätigt sehen, die USA verhandelten allein für ihre eigenen Sicherheitsinteressen. Auf der anderen Seite sah die Kremlführung unter diesen Umständen keinen Anlass, sich von der weiteren Stationierung von SS-20 (8 pro Monat) abbringen zu lassen, wenn die USA nichts dagegen unternahmen. Den Westeuropäern wurde mitgeteilt, es handele sich doch nur um eine überfällige Modernisierungsmassnahme, und die führenden Köpfe im milit.-industriellen Komplex machten keinerlei Anstalten, auf ihre neuen Spielzeuge verzichten zu wollen.

Aber die Westeuropäer liessen nicht locker. Die USA sahen allmählich ein, doch etwas tun müssen, zumal sie ihre Partner angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise brauchten. Im Januar 1979 trafen sich schliesslich Carter, Giscard, Callaghan und Schmidt auf der französischen Karibikinsel Guadeloupe, um eine gemeinsame Strategie in der Mittelstreckenraketenfrage festzulegen. Die Einladung an Schmidt erregte dabei insofern internationales Aufsehen, als sie der Anerkennung einer Grossmachtrolle für die BRD innerhalb der NATO gleichkam. Wie hatten sich die Zeiten seit 1945 verändert! - Aber abgesehen davon kam es in der Palmenhütte am Strand zu folgeschweren Entscheidungen. Auf Vorschlag des Briten Callaghan wurde nämlich vereinbart, die SU ultimativ zum Abbau der neuen Raketen aufzufordern. Andernfalls würden die USA ihrerseits Mittelstreckenraketen in Europa stationieren und damit die Ergebnisse der Kuba-Krise, nämlich den vollständigen Abbau von Raketensystemen dieses Typs rückgängig machen. Das war starker Tobak.

Doch einstweilen gingen die SALT-Verhandlungen und damit der normale Entspannungsprozess einem erfolgreichen Abschluss entgegen. Mitte Juni 1979 wurde der SALT-2-Vertrag in Wien zwischen Carter und Breshnew mit Umarmung und Bruderkuss besiegelt. Substantiell brachte dieser Vertrag nicht viel, denn er legte allein eine Obergrenze von 2.500 für strategische Waffensysteme und eine Begrenzung von Nuklearsprengköpfen fest. Erneut wurde die strategische Parität der SU festgeschrieben. Konservative Kalte Krieger in den USA behaupteten sogar, dass die SU damit strategische Überlegenheit gewann. Die Ratifizierung des Vertrages im Senat stand damit in den Sternen.

Während des ganzen Jahres 1979 brodelte in der Mittelstreckenfrage die Gerüchteküche. Dabei war klar, dass die Amerikaner über die angedrohten Mittelstreckenraketen, die sie in Europa stationieren sollten, noch gar nicht verfügten. Aber der Öffentlichkeit wurde erzählt, es handle sich bei den geplanten Waffen um luft- und seegestützte Raketen, die also nicht in europäischen NATO-Ländern stationiert werden müssten. Am 12. Dezember 1979 fand schliesslich die entscheidende Sitzung des NATO-Rates statt. Hier wurde, den Grundsatzbeschlüssen von Guadeloupe folgend, die ultimative Drohung an die Adresse Moskaus präzisiert: entweder die SS-20 verschwindet innerhalb einer festgesetzten Frist, oder die USA würden ihrerseits Mittelstreckenraketen stationieren.

Aber der eigentliche Knallbonbon bestand in der Art der Raketen, um die es jetzt ging: nämlich landgestützte Cruise Missiles und Pershingraketen. Bei der Cruise handelte es sich um einen langsam und tief fliegenden Marschflugkörper, ähnlich der dten V-1 im 2.WK. Doch diese Waffe war durch eingebaute Computersteuerung intelligent genug, um die sowjet. Radarschirme zu unterfliegen. Die Pershing war eine extrem zielgenaue Hochgeschwindigkeitsrakete, so zielgenau, dass sie angeblich ins Fussballtor des Moskauer Leninstadions treffen konnte. Ihre Flugzeit nach Moskau betrug 7 Minuten, wenn sie dicht am Eisernen Vorhang abgefeuert wurde. Mit anderen Worten, während die SU mit ihren SS-20 Westeuropa bedrohte, wollten die USA mit Waffen antworten, die weit gefährlicher waren als alle ICBMs, da sie der Moskauer Führung praktisch keine Vorwarnzeit mehr liessen, während sie das Machtzentrum der SU direkt bedrohten. Dieser Beschluss stellte also einen unmittelbaren Anschlag auf das strategische Gleichgewicht dar. Bis heute ist ungeklärt, ab welchem Zeitpunkt das Pentagon und die polit. Führung der USA beschlossen, das Mittelstreckenraketenproblem in Europa für eine Revolutionierung des milit. Gleichgewichts zu nutzen. Ebenso unklar ist, ob und wann die westeurop. Regierungen begriffen, welcher Politik sie da zustimmten. Die Hintergründe des berühmten NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 liegen nach wie vor im Halbschatten. Aber die Folgen waren ungeheuer.

Die Tatsache, dass die NATO nun glatt mit der Zerstörung des strateg. Gleichgewichts, dem zentralen Eckpfeiler der Entspannungspolitik, drohte, besass enorme Signifikanz. Die Kremlführung beging zudem den folgenschweren Fehler, auf das, dem Doppelbeschluss innewohnende, Verhandlungsangebot, nicht einzugehen. Wütend verkündete Moskau stattdessen postwendend, dass allen weiteren Verhandlungen in der Frage eurostrategischer Waffen durch den NATO-Beschluss der Boden entzogen sei.

Der NATO-Beschluss enthielt zudem aber noch eine Komponente, die den Westeuropäern statt mehr Sicherheit eine lebensbedrohliche Steigerung der Gefahrenmomente bescherte. Für den Fall der notwendigen Stationierung erklärte sich die BRD nämlich bereit, im Zuge der sogenannten "Nachrüstung" 108 Pershing und 96 Cruise Missilies auf ihrem Territorium aufzustellen. GB sollte 160 Cruise, Italien 112, die NL und Bel je 48 dieser Danaergeschenke erhalten. Zudem sollten ausser in GB, die USA die alleinige Entscheidungsgewalt über den Einsatz dieser Waffen behalten. Die westeurop. NATO-Staaten hatten damit nicht nur ihre eben erst verbesserte Eigenständigkeit untergraben und sich dem nuklearen Diktat der USA unterworfen, sondern sie machten sich mehr denn je zur Zielscheibe sowjet. Atomwaffen, musste doch dem sowjet. Militär alles daran liegen, im Krisenfall sofort die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa auszuschalten, gegen die es praktisch keine Vorwarnzeiten gab. Sachkennern war somit klar, dass eine Stationierung der amerikanischen Erstschlagwaffen - und um nichts anderes handelte es sich - die Kriegsgefahr in Europa wesentlich erhöhen musste. Dies blieb auch grossen Teilen der westeuropäischen Bevölkerung nicht verborgen, sodass die Friedensbewegung schon bald den grössten Auftrieb in ihrer Geschichte erhielt. Der Kampf um die Stationierung der amerikanischen Raketen wurde daher zu dem innen -und aussenpolitischen Thema der folgenden Jahre.

Die Wirkung des NATO-Doppelbeschlusses wurde im folgenden Jahr durch die Tatsache verschlimmert, dass die Carter-Administration keine Anstalten unternahm, den anvisierten Verhandlungsprozess mit der SU in die Wege zu leiten. Man liess die Herren im Kreml schmollen und arbeitete mit Hochdruck an der Entwicklung der neuen Waffen. Währenddessen liess man Schmidt und Giscard bei ihren Verhandlungsbemühungen mit Breschnew und den anderen Kremlherren eiskalt im Regen stehen. Schmidt berichtete später zustimmend, einer seiner Mitarbeiter habe in dieser Lage geäussert: "Wir wollen hinsichtlich der eurostrategischen nuklearen Waffen das Gleichgewicht durch Abrüstung wiederherstellen; die USA dagegen wollen das gleiche Ziel durch Aufrüstung erreichen." Diese Interpretation der Dinge war so vielsagend wie falsch. Denn von Gleichgewicht konnte angesichts der neuen amerikanischen Waffensysteme keine Rede sein. Genau dies aber war wohl die Absicht des Pentagons: das Gleichgewicht mit Moskau direkt bedrohenden Mittelstreckenraketen aus den Angeln zu heben.

Wir wissen bis heute nicht, ob Jimmy Carter wusste, was er da tat. Brzezinski mag es gewusst und mit Absicht verfolgt haben. Die Apparatschiks im Pentagon aber, das wurde schon bald deutlich, waren geradezu versessen auf die neuen Möglichkeiten, die sich ihnen da auftaten.



Der Doppelbeschluss fiel nahezu zeitgleich mit dem sowjet. Einmarsch in Afghanistan zusammen. Carter reagierte in dieser Lage nicht nur mit Drohungen, begrenzten Sanktionen und dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, den er bezeichnender Weise ohne vorherige Konsultation der Verbündeten verkündete, sondern er stornierte auch den ohnehin bedrohten Ratifizierungsprozess des SALT-2-Vertrages im Senat. Damit waren auch rüstungspolitisch die Zeichen auf Sturm gestellt. Für die Planer im Pentagon war Afghanistan zudem ein willkommener Vorwand, für Carter ein vielleicht in seiner Tragweite nicht verstandener Anlass, um die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen nicht weiter zu forcieren. Die Entspannungspolitik war somit mausetot, noch bevor die amerikanische Bevölkerung im November 1980 zur Wahl schritt.

## 2. Die Politik der Konfrontation

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen war für Carter eine Katastrophe. Die schwere Wirtschaftskrise seiner Amtszeit, die angeblichen und tatsächlichen Misserfolge seiner Aussenpolitik, die Konfrontation mit der SU und das Geiseldrama in Teheran - die Geiseln wurden erst kurz nach der Wahl in die Freiheit entlassen - all dies kam zusammen, um der Carter-Administration das Image der Schwäche anzuhängen. Schwäche aber ist das Letzte, was die Wählerinnen und Wähler in den USA honorieren. So wurde Carter mit überwältigender Mehrheit abgewählt. Der neue Präsident hiess Ronald Reagan.

Reagan war ein ehemaliger Hollywood-Schauspieler, dessen grösste darstellerische Leistung darin bestanden hatte, sich im Film "The Killers" von Lee Marvin theatralisch erschiessen zu lassen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten erhielt der Film wegen dieser Szene denn auch schon bald Kultstatus. Als Vorsitzender der Filmschauspielergewerkschaft war Reagan frühzeitig polit. aktiv geworden: er hatte sich massgeblich daran beteiligt, missliebige Kolleginnen und Kollegen während der Macarthy-Ära als Kommunisten zu diffamieren. Dies hatte ihm viele Freunde bei der polit. Rechten und schwerreiche Gönner verschafft. Mit Hilfe dieser Kreise stieg er zum Gouverneur von Kalifornien auf. Hier betrieb er eine Politik der erzkonservativen Rhetorik und der manchmal erstaunlich liberalen Praxis, eine Mischung, die auch für seine Präsidentschaft kennzeichnend werden sollte.

Reagan war ein einfacher Mann, der mit komplizierten Gedankengängen recht wenig anfangen konnte. Stattdessen bevorzugte er die Schwarz-Weiss-Logik von Hollywood, die die Welt in "good guys" und "bad guys" einteilte. So sprach, dachte und handelte er wie die Amerikaner der unteren Mittelschicht,

die "Red Necks". Das machte ihn populär in weiten Teilen der Bevölkerung. Viele Beobachter hielten Reagan intellektuell gar nicht für fähig, ein schwieriges polit. Amt zu bekleiden. Auch seine offensichtlichen Wahlerfolge, hinter denen ein exzellent arbeitender Apparat stand, konnten wohl kaum das Ergebnis einer von ihm erdachten Strategie sein. Reagan erschien deshalb als das zweifellos sehr wirksame Sprachrohr von anonymen Mächten, die mit seiner Hilfe die Macht erobern wollten.

So anonym waren diese Kräfte in Wirklichkeit aber gar nicht. Da war z.B. das von Paul Nitze geleitete "Committee on the Present Danger", in dem sich die konservative polit. Elite und die härtesten Kalten Krieger der USA versammelten. Die führenden Mitglieder dieser Gruppe erhielten nun alle Kabinettsposten und hatten dementsprechend erheblichen Einfluss auf die Politik der USA. Hinzu kam der gesamte rechte Flügel der Republikaner, die alte Barry-Goldwater-Koalition aus den 60er Jahren, die unter Nixon und Ford nicht so recht zum Zuge gekommen war. Die dritte Kraftquelle bildeten die christlichen Fundamentalisten, die v.a. im Süden der USA gegen Ende der 70er Jahre massiv an Einfluss gewonnen hatten und zu einer Massenbewegung aufgestiegen waren. Rev. Jerry Falwell hatte mit Hilfe eigener Fernsehanstalten, Radiosender, Zeitungen usw. aus dem big business der christlichen Erweckungsbewegungen eine polit. Bewegung geformt, die er "Moral Majority" nannte. Diese Gruppe, die sich bei den Republikanern zu Hause fühlte, stand für den Kampf gegen Abtreibung, gegen die Gleichberechtigung der Frauen, gegen Pornographie, gegen die Darwinsche Evolutionslehre und gegen teure Sozialprogramme, sie trat für Rüstungssteigerungen und für big business ein, während sie den starken Staat ablehnte. Für die drei Gruppen der neuen Rechten fungierte Reagan als Galionsfigur, wobei grosse Teile der Wirtschaft die Koalition der Rechten gerne mit Millionen unterstützten. Reagan selbst aber erhielt durch diese Konstellation relativ viel Handlungsspielraum, da sich die verschiedenen Gruppen der Neuen Rechten durchaus nicht immer einig waren. Reagan musste dann ihren Streit entscheiden, was ihm die Möglichkeit zu recht eigenwilligen polit. Eskapaden gab, die unter seinen Mitarbeitern gefürchtet waren.

Mit der Amtseinführung des neuen Präsidenten im Januar 1981 begann eine neue Epoche, die unter dem Namen "Reagan Revolution" in die Geschichte eingegangen ist. Es handelte sich hierbei um einen radikalen Kurswechsel auf fast allen Gebieten der amerik. Politik. Eine tiefer gehende Analyse dieser sogenannten Revolution werden wir in der nächsten Sitzung vornehmen. Heute werden wir uns allein auf einen Aspekt konzentrieren: den Konfrontationskurs gegenüber der SU.

Die Reagan-Administration erbt von ihrer Vorgängerin eine in Trümmern liegende Entspannungspolitik. Doch die neue Regierung unternahm nichts, um das zerschlagene Porzellan zu kitten. Ganz im Gegenteil: Carter hatte den Eindruck der Schwäche hinterlassen, und das Team um Ronald Reagan war fest entschlossen, Abhilfe zu schaffen. Die neue Administration war davon überzeugt, dass mit der SU ein Ausgleich unmöglich war, denn das dortige Regime würde immer der Erzfeind bleiben. In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident stellte Reagan dementsprechend emphatisch fest:

“I know of no leader of the Soviet Union since the revolution, and, including the present leadership, that has not more than once repeated in the various Communist congresses they hold, their determination that their goal must be the promotion of world revolution and a one-world Socialist or Communist state ... the only morality they recognize is what will further their cause, meaning they reserve unto themselves the right to commit any crime, to lie, to cheat, in order to attain that.”

Das war primitivste KK-Rhetorik. Die Tatsache, dass gerade zu diesem Zeitpunkt die Sowjet. Führung offen mit dem Gedanken spielte, in Polen militärisch zu intervenieren, um die dortige Demokratiebewegung im Keim zu ersticken, erhöhte noch die Dramatik von Reagans Worten. Doch Reagan blieb auch in der Folgezeit bei seiner Ansicht. So sprach er noch 1982 von der SU als “evil empire”, das mit allen Mitteln zu bekämpfen sei.

Mit diesen extremen Äusserungen hätte sich die Kremlführung ja vielleicht noch abfinden können, wenn die Reagan-Administration ihnen nicht auch noch extreme Taten hätte folgen lassen. Reagan hatte im Wahlkampf versprochen, die angeblich lückenhafte Rüstung durch eine gigantische Steigerung der Verteidigungsausgaben zu verbessern. Dies geschah nun. Das Verteidigungsbudget stieg um mehr als 7% nach Abzug der Inflationsrate. Hatten die USA 1976 \$ 181,5 Mrd auf diesen Sektor ausgegeben, so verschwendeten sie 1984 sage und schreibe \$270 Mrd für die Rüstung. In den ersten vier Jahren der Amtszeit Reagans stiegen die Verteidigungsausgaben um 40%. Da gleichzeitig die Steuern gesenkt wurden, akkumulierten die USA ein Haushaltsdefizit von \$4 Billionen.!

Mit diesen Geldern brach nun eine wahre Rüstungsbonanza aus. Die amerik. Rüstungsindustrie konnte sich vor Aufträgen auf allen Gebieten nicht mehr retten. Der von Carter gestrichene B-1 Bomber wurde nun gebaut und neue Systeme, wie der Stealth-Bomber geplant. Die MX-ICBM wurde in Grossauflage gebaut, samt dazu gehöriger Abschussbunker. Die Armee erhielt neue Panzer und sonstige Waffen. Die Marine wurde auf 600 Kriegsschiffe ausgebaut. Sogar der alte Traum traditionsbewusster Admirale ging in Erfüllung: drei Schlachtschiffe aus dem 2.WK wurden wieder in Dienst

gestellt und mit Cruise Missiles ausgerüstet. Dieser Rüstungswahnsinn trieb groteske Blüten: Da ja Geld keine Rolle mehr spielte, wurde die Überprüfung von Kostenansätzen der Industrie extrem lax gehandhabt. So entdeckte der Rechnungshof einige Jahre später Abrechnungen über Aschenbecher für das Pentagon in Höhe von \$659 pro Stück. Kaffeemaschinen kosteten \$7,600 und Toilettendeckel für die neuen Trident-U-Boote kosteten \$750 pro Stück! Über all dem wachte Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der für die Rüstungskonzerne wie der Weihnachtsmann erscheinen musste.

Die finstere Seite der Aufrüstung lag in der dahinter stehenden Philosophie. Schon im Wahlkampf 1980 hatte Reagan verkündet, das Ziel müsse es sein, die SU totzurüsten, denn der Gegner könne niemals mit dem amerikanischen Rüstungstempo Schritt halten: "I think there is every indication and every reason to believe that the Soviet Union cannot increase its productions of arms." Der SU solle somit nur die Wahl zwischen Bankrott und Kapitulation gelassen werden.

Dabei hatte die SU natürlich noch eine dritte Option: den nuklearen Präventivkrieg. Doch auch davor schien sich die Reagan-Administration nicht zu fürchten. Im Gegenteil: Die Planer im Pentagon erarbeiteten zu diesem Zeitpunkt Konzepte über den gewinnbaren Atomkrieg. Unterstaatssekretär Richard Perle, auch "Prince of Darkness" genannt, insistierte, dass die USA sich nicht vor einem nuklearen Schlagabtausch fürchten müssten. Eine 1982 an die Öffentlichkeit gelangte Pentagonstudie stellte dementsprechend fest, dass ein Atomkrieg etwa sechs Monate dauern würde. Am Ende stünden die USA als Sieger da: "American nuclear forces must prevail and be able to force the Soviet Union to seek earliest termination of hostilities on terms favorable to the United States." - Dr. Strangelove liess grüssen.

V.a. in Europa löste dieser nukleare Crash-Kurs geradezu Panik aus, denn dort befand man sich auf dem Präsentierteller, weil man ja das Hauptschlachtfeld eines Krieges darstellen würde. US-Planungen, mit denen ganz offen hantiert wurde, sprachen auch locker davon, zunächst einmal mit taktischen Atomwaffen entlang der innersten Grenze zu operieren. Reagan hielt dies für ganz natürlich, um den Einsatz strategischer Waffen nicht gleich bei Kriegsbeginn unumgänglich zu machen: "You could have an exchange of tactical weapons against troops in the field without it bringing either one of the major powers to pushing the button." Die Mitteleuropäer konnten sich also schon einmal darauf einstellen, im Namen der Freiheit nuklear versaftet zu werden.

Während die westeurop. Regierungen in dieser Lage standhaft am NATO-Doppelbeschluss festhielten, liessen sich grosse Teile der Bevölkerung die

Drohung mit dem nuklearen Wahnsinn nicht wortlos gefallen. Die bis dahin eher schwachbrüstige Friedensbewegung erhielt nun massenhaften Zulauf. Im Sommer 1983 demonstrierten Hunderttausende in Bonn, London und anderen Hauptstädten. Schon vorher waren überall die Regierungen unter erheblichen Druck geraten, was z.B. in der BRD massgeblich zum Sturz Helmut Schmidts im Jahre 1982 beitrug. Auch in den USA war der Widerstand so erheblich, dass das Repräsentantenhaus mit nur zwei Stimmen Mehrheit einen Antrag auf sofortiges Einfrieren der Atomrüstung ablehnte. Die wachsende Stärke der Friedensbewegung im Westen mag eine Zeitlang dazu beigetragen haben, die Kremelführung zu einer harten Haltung in den wiederaufgenommenen Rüstungsbeschränkungsverhandlungen mit den USA zu verleiten. V.a. in der Frage der Mittelstreckenraketen gab es keine Fortschritte, so dass die US-Führung, wohl kaum zu ihrem Bedauern, ab 1983 damit beginnen konnte, Pershings und Cruise Missiles in Europa zu stationieren, allen Protesten der Friedensbewegung zum Trotz. Der NATO-Doppelbeschluss wurde damit endgültig zum Aufrüstungsbeschluss.

Die Regierungen der europ. NATO-Partner hatten treu zu ihren Verpflichtungen gestanden. Doch wenn sie sich dadurch mehr Rücksichtnahme seitens der Reagan-Administration versprochen hatten, so sahen sie sich getäuscht. Mit eiskalter Arroganz ging das Reagan-Team über die Interessen ihrer Verbündeten hinweg, die mit dem Doppelbeschluss einen grossen Teil ihrer aussenpolit. Eigenständigkeit aufgegeben hatten.

Am 23. März 1983 setzte Reagan noch eins drauf. Auf Anraten seines Rüstungssachverständigen, des alten Kalten Kriegers Professor Edward Teller, verkündete der Präsident an diesem Tag seine STRATEGIC DEFENSE INITIATIVE (SDI). Es handelte sich hierbei um den Plan, im All ein gigantisches Raketenabwehrsystem auf der Grundlage exotischer Technologien zu errichten, um die USA vor den sowjet. ICBMs zu schützen. Mit einem solchen System würde das sowjet. Raketenarsenal weitgehend obsolet werden. Dies stellte einen klaren Bruch des ABM-Vertrages von 1974 dar und drohte, das gesamte strategische Gleichgewicht zu zerstören. Mrden flossen in das Programm. Dabei wusste natürlich niemand, ob so etwas technisch überhaupt möglich war, weshalb die Presse das Programm scherzhaft "Star Wars" nach dem gerade angelaufenen gleichnamigen Spielberg-Film taufte. Doch Reagan glaubte fest an seine fixe Idee und Moskau musste damit rechnen, dass das Programm zumindest teilweise funktionieren würde. Die Rüstungsverhandlungen der folgenden Jahre wurden dadurch zusätzlich erschwert.

Überdies aber bedeutete "Star Wars" nichts anderes, als dass die USA die Sicherheitspartnerschaft mit Westeuropa öffentlich infrage stellten. Denn

wenn die USA sich durch ein Raketenabwehrsystem schützen wollten, das nur ihr eigenes Territorium sicherte, dann war Europa erst recht der sowjet. Bedrohung durch SS-20-Raketen und andere Waffensysteme ausgeliefert. Dies war umso schlimmer, als grosse Teile Westeuropas nun als Abschussrampen für amerik. Mittelstreckenraketen fungierten, die Moskau direkt bedrohten und deshalb in einer Krisensituation einen Präventivschlag geradezu herausforderten.

Tatsächlich hatten die Ost-Westspannungen zu diesem Zeitpunkt bereits eine Schärfe erlangt, die einen Krieg durchaus möglich erscheinen liess. Auf beiden Seiten, gerade unter den Bevölkerungen, machte sich allmählich Panik breit. Auch in der SU gab es zudem Militärs, die relativ offen mit dem Gedanken an den gewinnbaren Atomkrieg spielten. Hier, wie im Pentagon, erlebte der preussische Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz eine missbräuchliche Renaissance, denn er hatte ja geschrieben, dass Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Besonders GS-Chef Marschall Orgakow trat als Vertreter der nuklearen Siegstrategie auf. Zeitschriften wie DER SPIEGEL berichteten 1982/83 aufgeregt vom Konfrontationskurs der strategischen Planer auf beiden Seiten. Ein Gefühl der Angst ging um, das auch auf die milit. Apparate einwirkte und dort Kurzschlusshandlungen begünstigte.

In der Nacht zum 1. September 1983 verirrte sich ein südkoreanischer Jumbo-Jet auf dem Weg von Alaska nach Seoul über dem Meer und drang über der Halbinsel Kamtschatka in den sowjet. Luftraum ein. Stunden vorher hatte ein US-Spionageflugzeug die dortigen Luftabwehrsysteme und Feuerleitstellen zu testen versucht, um sie dann auskundschaften zu können. Als die sowjet. Flugabwehr nun den Jumbo auf ihren Radarschirmen sah, geriet sie in Panik. Abfangjäger stiegen auf und erhielten den Befehl zu feuern. Über 400 Menschen starben an Bord des Flugzeugs, und ein Aufschrei ging durch die Welt. Die milit. Stellen in der SU hatten sichtlich versagt. Doch die Brutalität ihres Vorgehens erklärte sich - neben bis heute im Dunkeln gebliebenen US-Geheimdienstaktivitäten - aus der Tatsache, dass die Sowjets den Amerikanern inzwischen alles zutrauten und deshalb am Rande höchster Alarmbereitschaft operierten.

Unter diesen Umständen hatte sich die Lage nunmehr extrem zugespitzt. Kleinste Fehler konnten jetzt die Existenz der Menschheit auf Spiel setzen. Und solche Fehler passierten. Am 26. September 1983 meldeten sowjetische Kontrollsatelliten den Anflug amerikanischer ICBMs auf Ziele in der SU. Ein sofortiger nuklearer Gegenschlag mit allen Mitteln war die im Protokoll festgelegte Antwort auf ein derartiges Szenario. Doch Oberstleutnant Stanislaw Petrow, der Kommandeur der zuständigen Empfangsstation, tat

etwas für Militärs ungewöhnliches: Er dachte selbständig. Ihm erschien dieser Vorgang unlogisch, weshalb er die Nerven behielt und die vorgesetzten Stellen nicht alarmierte. Tatsächlich erwies sich das Ganze als Fehlalarm. So rettete der Mann womöglich die Menschheit. Die Behörden hielten dieses Ereignis allerdings geheim. Petrow wurde erst Jahre später befördert und geehrt.

Schon in früheren Jahren hatte es mehrfach schwere nukleare Unfälle, Beinahe-Katastrophen und gefährliche Fehlalarme gegeben. Noch heute sind manche Regionen nuklear verseucht oder liegen versunkene Atomboote samt ihren mit Wasserstoffbomben bestückten Raketen auf dem Meeresgrund. Erst kürzlich hat sich die US-Regierung bereit gefunden, den nuklear verseuchten Abraum zu entsorgen, den der Absturz einer B-52 im Januar 1966 mit dem Verlust einer Wasserstoffbombe am Strand von Palomares in der spanischen Provinz Almeria verursachte. Aber die Situation, die Oberstleutnant Petrow durch vernunftmässiges Handeln entschärfte, war wohl am kritischsten.

Wie gefährlich die Lage durch die nunmehr aufgeheizte Stimmung geworden war, demonstrierte ein Vorgang Ende 1983. Die NATO hielt im November 1983 eine Grossübung unter dem Namen „Able Archer 83“ ab. Im Verlauf dieses Manövers wurde der Nuklearkrieg geübt. Höchste Kommandostellen spielten das Szenario durch, und die Streitkräfte wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Im Verlauf dieser Übung geriet der KGB in immer grössere Nervosität, da naturgemäss alle Anzeichen für einen Überfall durch die NATO vorhanden waren. In der Nacht zum 9. November wurden schliesslich die sowjet. Streitkräfte alarmiert, und die Atomstreitmacht wurde auf den unmittelbaren Einsatz vorbereitet. Für einige Stunden stand die Welt am Rande der Katastrophe. Erst das Ende der NATO-Übung beruhigte die Lage. Angesichts der inzwischen enorm verringerten Vorwarnzeiten, der geradezu brutalen Rhetorik aus Washington, des offen aggressiven Verhaltens der Reagan-Administration und der zunehmenden Panik in Moskau war „Able Archer 83“ vielleicht noch viel gefährlicher als die Kuba-Krise von 1962. Doch die Weltöffentlichkeit erfuhr von der Beinahe-Katastrophe des November 1983 erst lange nach dem Ende des KK.

Soweit hatte es die Politik der Reagan-Administration gebracht. Ihr Konfrontationskurs schuf die vielleicht gefährlichste Lage seit Beginn des KK. Warum es nicht noch schlimmer kam und warum im Jahre 1984 eine Wende einzutreten begann, die plötzlich das Ende des KK einleitete, werden wir in der nächsten Sitzung sehen.